Klaus-Michael Mallmann

Die unübersichtliche Konfrontation

Geheime Staatspolizei, Sicherheitsdienst und christliche Kirchen 1934–1939/40*

Im Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin (Gestapa), in dem seit April 1934 die Aktivitäten der Politischen Polizei faktisch reichsweit koordiniert wurden, entstand im Herbst desselben Jahres jene Dienststelle II 1 B, die bis Kriegsbeginn das Vorgehen gegen die Kirchen lenken sollte. Sie bestand zunächst aus zwei Dezernaten: II 1 B 1 war für konfessionelle Verbände, evangelische und katholische Kirche sowie die Sekten zuständig, II 1 B 2 für Juden, Freimaurer, Emigranten und Ausbürgerungen¹. Leiter von II 1 B sowie der für die gesamte innenpolitische Gegnerverfolgung verantwortlichen Unterabteilung II 1 war damals Reinhard Flesch, Polizist seit 1920 und Kopf jener Gruppe Münchener Kriminalbeamter, die Heydrich 1934 ins Gestapa mitbrachte.

Als Flesch im Dezember 1935 zur Bayerischen Politischen Polizei zurückkehrte, um sie nach preußischem Vorbild umzustrukturieren², schlug die Stunde jener frischgebackenen Juristen, die als Assessoren oder Regierungsräte und im SS-Rang eines Hauptsturms- bzw. Sturmbannführers fortan das Gesicht des Gestapa prägten sollten³. Nachfolger von Flesch als Dienststellenleiter II 1 B wurde zunächst Dr. Karl Haselbacher, später Leiter der Stapo-Stellen Kiel und Düsseldorf, 1940 tödlich verunglückt⁴. Haselbacher wurde 1937 von Kurt Lischka abge-

* Mein Dank gilt dem Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, wo dieser Aufsatz entstand.

¹ Geschäftsverteilungsplan Gestapa v. 25. 10. 1934, Bundesarchiv Berlin (=BAB), R 58/840; zentral zu den Anfängen der Gestapo *Shlomo Aronson*, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD (Stuttgart 1971); *Christoph Graf*, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der Preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches (Berlin 1983).

² Erlaß Gestapa v. 2. 12. 1935, BAB, R 58/241; BAB, SSO-Akte Reinhard Flesch; vgl. *Andreas Seeger*, „Gestapo-Müller“. Die Karriere eines Schreibtischtäters (Berlin 1996) 36 ff.

³ Zu diesem Typus *Gerhard Paul*, Ganz normale Akademiker. Eine Fallstudie zur regionalen staatspolizeilichen Funktionselite, in: *ders.*, *Klaus-Michael Mallmann* (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität (Darmstadt 1995) 236–254.

⁴ Erlaß Gestapa v. 20. 3. 1936, BAB, R 58/239; Verzeichnisse der Stapo-Stellen, ebd. 727.

löst, der Ende 1939 die Leitung der Stapo-Stelle Köln übernahm, 1940 nach Paris wechselte und in der Folgezeit als stellvertretender Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) die Deportation der Juden in Frankreich mitverantwortete⁵. Als Referatsleiter II B, wie die Dienststelle ab 1938 hieß, folgte ihm Georg Roth nach, der 1943 zum Leiter der Stapo-Stelle Dortmund avancierte und dort in der Karwoche 1945 ein Massaker an 240 Häftlingen befahl⁶.

Von ähnlichem Kaliber waren auch die Dezernatsleiter: Fritz Hartmann, seit 1934 Chef von II 1 B 1, leitete später die Stapo-Stellen Koblenz und Trier und exekutierte als Führer des Einsatzkommandos Luxemburg den Holocaust der dortigen Juden⁷. Dr. Eberhard Schöngarth, der ihn 1936 ablöste, wurde 1941 gar BdS im Generalgouvernement und gehörte zu den Teilnehmern der Wannsee-Konferenz⁸. Rudolf Korndörfer, 1938 Leiter des nunmehr für den Katholizismus zuständigen Sachgebiets II B 1, führte ab 1943 das Einsatzkommando 5 in Zagreb⁹. Bernhard Baatz, 1939 Chef der beiden Kirchen-Sachgebiete II B 1 und II B 2, leitete im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) später die Referate für Polen, die besetzten Westgebiete und den Einsatz ausländischer Arbeiter in Deutschland; ab Herbst 1943 fungierte er als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Reval, ab 1944 in Reichenberg¹⁰. Es waren veritable Manager des Massenmords, die auf der ersten Sprosse ihrer Karriereleiter das Vorgehen gegen die Kirchen konzeptionell entwarfen und in der Praxis überwachten.

Gleichwohl wäre es falsch, den Blick lediglich auf die Staatsinstitution Gestapo zu richten. Denn auch der gleichfalls von Heydrich geleitete Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD), eine reine Parteiinstitution, die in der Kirchenkampfliteratur leider allzu oft mit der Gestapo verwechselt oder in einen Topf geworfen wird¹¹, agierte von Anfang an auf diesem Feld, ohne indes unmittelbar exekutive Befugnisse zu besitzen¹². In seinem Funktionserlaß präzierte Heydrich 1937 die

⁵ BAB, SSO-Akte Kurt Lischka; Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg (=ZSL), SA 568.

⁶ Geschäftsverteilungsplan RSHA v. 1. 2. 1940, BAB, R 58/840; Personalliste RSHA, BAB, R 58/3529; Dienststellenverzeichnis der Sicherheitspolizei und des SD Stand 1. 11. 1944, ZSL, Dok. Slg. Verschiedenes 301 yy; ZSL, SA 28.

⁷ Erlaß Chef der Sicherheitspolizei und des SD (= CdS) v. 15. 1. 1940, BAB, R 58/16; ZSL, 124 AR-Z 2/67.

⁸ Vgl. Kurt Pätzold, Erika Schwarz, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 (Berlin 31992) 238 ff.

⁹ Geschäftsverteilungsplan Gestapa v. 1. 1. 1938, BAB, R 58/840; ZSL, 503 AR 702/67.

¹⁰ Geschäftsverteilungspläne Gestapa v. 1. 7. 1939 u. RSHA v. 1. 2. 1940, BAB, R 58/840; Erlaß CdS v. 25. 7. 1940, ebd. 240; ZSL, 415 AR 1310/63/E 4.

¹¹ So John S. Steward, Sieg des Glaubens. Authentische Gestapoberichte über den kirchlichen Widerstand in Deutschland (Zürich 1946) 22; John Conway, Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933–1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge (München 1969) 187 ff.; Rudolf Morsey (Hrsg.), Zwei Gestapo-Berichte zur Geschichte des Kirchenkampfes in den Jahren 1938 und 1939, in: Wichmann-Jahrbuch 17/18 (1963/64) 5.

¹² Vgl. George C. Browder, Die Anfänge des SD. Dokumente aus der Organisationsgeschichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, in: VfZ 27 (1979) 299–324; ders., Foundations of the Nazi Police State. The Formation of Sipo and SD (Lexington 1989).

Kompetenzen des SD: „Alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen nicht in Betracht kommen)“ waren demnach vom SD zu bearbeiten, sofern sie „Kirchen, Sekten, sonstige religiöse und weltanschauliche Zusammenschlüsse“ betrafen; „alle Einzelfälle (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen in Betracht kommen)“ blieben hingegen dort Sache der Gestapo¹³. Das exekutive Monopol wurde damit nicht angetastet. In der Praxis bedeutete dies jedoch, daß so eine Art Federführung an den SD delegiert wurde, ohne daß damit allerdings ein direktes Weisungsrecht gegenüber der Gestapo verbunden war.

In der SD-Zentrale – 1935 zum Sicherheitshauptamt der SS aufgewertet – etablierte sich eine der Gestapo durchaus parallele Struktur: Seit Anfang 1936 existierte dort die Zentralabteilung II 1 („Weltanschauliche Auswertung“), die zunächst von Dr. Hermann Behrends, seit 1937 von Prof. Dr. Franz Alfred Six geleitet wurde; ihr untergliedert war die Abteilung II 113 für „Konfessionell-politische Strömungen“¹⁴. Dieses genuine SD-Kirchenreferat war in der Münchener Anfangszeit 1933/34 von Dr. Dr. Wilhelm Patin aufgebaut worden, einem ehemaligen katholischen Priester und Vetter Himmlers¹⁵. Sein Nachfolger nach der Übersiedelung nach Berlin wurde Albert Hartl, gleichfalls ein früherer katholischer Priester¹⁶. Während also Juristen das Vorgehen der Gestapo gegen die Kirchen koordinierten, war dies im SD eine Domäne einstiger Geistlicher – ein Faktum, das deren Analysen intern erhebliche Glaubwürdigkeit verschafft haben dürfte.

Doch trotz aller institutionellen Systematik blieb das konkrete Vorgehen inkonsistent und häufig widersprüchlich. Eine Momentaufnahme vom Mai/Juni 1934 mag dies verdeutlichen: Während dieser Zeit ließ die Bayerische Politische Polizei eine Nummer des gauamtlichen „Stürmer“ „wegen eines Angriffs gegen das christliche Abendmahl“ beschlagnahmen, einigte sich der katholische Episkopat im Reichsinnenministerium über die Ausführungsbestimmungen zum Konkordat und erhielt von Hitler die Zusage, die „neuheidnische Propaganda“ zu unterbinden, was Erzbischof Gröber sogar dazu bewegte, dem ‚Führer‘ seinen Dank „für sein Eintreten für die Kirche“ auszusprechen. Fast zeitgleich dazu aber bezeichnete Patin in einem SD-Bericht die Katholische Aktion als unversöhnlichen Gegner des Regimes, wurde deren Führer Dr. Erich Klausener auf die Todesliste gesetzt und am 30. Juni bei der Niederschlagung des angeblichen „Röhm-Putsches“ ermordet, beschlagnahmte die Gestapo das Büro der von Vizekanzler Papen gegründeten „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“¹⁷. Es war eine verwirrende Band-

¹³ Gemeinsame Anordnung für den SD und die Gestapo v. 1. 7. 1937, BAB, R 58/239.

¹⁴ Vgl. Lutz Hachmeister, *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six* (München 1998) 163 ff.; George C. Browder, *Hitler's Enforcers. The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution* (New York, Oxford 1996) 252 ff.

¹⁵ Vgl. Aronson, Heydrich (wie Anm. 1) 143 f.

¹⁶ Vgl. Georg Denzler, *Widerstand oder Anpassung. Katholische Kirche und Drittes Reich* (München, Zürich 1984) 103 f.; ZSL, 415 AR 1310/63/E5.

¹⁷ Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 2: *Das Jahr der Ernüchterung 1934* (Berlin 1985) 235–254.

breite, die vom Ausstrecken von Friedensführern bis zum staatlich sanktionierten Mord reichte. Und bei dieser oszillierenden Uneindeutigkeit blieb es im wesentlichen auch während des gesamten hier zu behandelnden Zeitraums.

Die Gründe für derlei Divergenz waren vielfältig, systemimmanent und strukturell bedingt, also unvermeidbar und tendenziell stets aktualisierbar. Zunächst einmal waren die Kirchen prinzipiell obrigkeitsbejahende Institutionen mit Massenrückhalt und Besitzstandsgarantien, deren Legalität in toto nicht angegriffen werden konnte, deren oppositionelle Relevanz wiederum durchaus strittig war. Selbst gemessen am NS-Ideal der rassereinen, arischen Volksgemeinschaft waren sie weder ein staatsfeindlicher noch ein rassistischer Fremdkörper, höchstens ein unerwünschter Einflußfaktor, ein potentieller Störenfried, der durch die Konservierung anderer Werte, Horizonte und Vergemeinschaftungen die gewünschte Entwicklung hemmen konnte. Zudem kam auch eine Politische Polizei an dem grundlegenden Faktum, daß das Kirchengemeindevolk zugleich die übergroße Mehrheit des deutschen Staatsvolkes bildete, nicht vorbei. Selbst der SD, der sich als Träger einer radikalen Langzeitperspektive begriff, mußte in seinen Anweisungen auf kirchenpolitischem Gebiet für 1937/38 einräumen, daß „alle Maßnahmen, die der weltanschaulichen Entwicklung des deutschen Volkes zu weit vorausseilen, zu einem plötzlichen, nur dem Gegner nützenden Kulturkampf führen müssen“¹⁸. Im besonderen galt dies für konfessionelle Hochburgen, wo die NSDAP nur einen instabilen Rückhalt besaß: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei einem offen ausbrechenden Konflikt zwischen Kirche und Staat die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung sich auf die Seite der Kirche stellen wird“, konstatierte etwa die Stapo-Stelle Münster 1935¹⁹. Taktische Rücksichtnahmen auf Mehrheitsstimmungen waren darum gerade an solchen Sollbruchstellen immer wieder an der Tagesordnung.

Obwohl unter den überzeugten Nationalsozialisten auf allen Ebenen zweifellos starke antikirchliche und antichristliche Emotionen existierten²⁰, waren Zielsetzungen und Vorgehensweisen stets heftig umstritten, dachte selbst Hitler während des Spanischen Bürgerkrieges über einen Friedensschluß mit den Kirchen unter antikommunistischem Vorzeichen nach, führten außenpolitische Prioritäten – wie die Saar-Abstimmung 1935, die Olympiade 1936, die Expansion ab 1938 – immer wieder zum Abstoppen bestimmter Maßnahmen²¹. Dieses Chaos

¹⁸ *Heinz Boberach* (Bearb.), *Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934–1944* (Mainz 1971) 909.

¹⁹ Lagebericht für August 1935, Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90 P, Nr. 83, H.7; fast identisch Lagebericht Stapo-Stelle Aachen für Mai 1935, abgedruckt bei *Bernhard Vollmer*, *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936* (Stuttgart 1957) 223.

²⁰ Eindrucksvoll am lokalen Beispiel *Gerhard Hetzer*, *Kulturkampf in Augsburg 1933–1945. Konflikte zwischen Staat, Einheitspartei und christlichen Kirchen*, dargestellt am Beispiel einer deutschen Stadt (Augsburg 1982).

²¹ Aufschlußreich dazu *Klaus Scholder*, *Die Evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung bis zum Kriegsausbruch*, in: *VfZ* 16 (1968) 15–35; *Hans Günter Hockerts*, *Die Goebbels-Tagebücher 1932–1941. Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der*

der Konzepte und Rücksichtnahmen schlug auf die Gestapo ungebremst durch und vergrößerte sich noch dadurch, daß etliche Ministerien, das Amt Rosenberg und natürlich die Parteikanzlei Kompetenzen geltend machten und im Einzelfall durchaus widersprüchliche Weichenstellungen vornahmen. Während Kirchenminister Kerrl etwa im April 1936 das Gestapa um die Aufhebung aller Aufenthalts- und Redeverbote für Geistliche beider Konfessionen ersuchte²², arbeitete das Goebbels-Ministerium bereits an der Begleitpropaganda zu den im Mai beginnenden Sittlichkeitsprozessen gegen katholische Geistliche und Ordensangehörige.

Die Vorstellung, daß allein die Gestapo „Art und Intensität des Kirchenkampfes bestimmte“²³, ist darum irreführend. In diesem Kompetenzendschub konnte sie keineswegs so selbstherrlich vorgehen wie etwa bei der Bekämpfung des Kommunismus. Sie war auf dem Kirchensektor nie alleinige Herrin des Verfahrens, ihre Selbständigkeit eingeschränkt wie kaum irgendwo sonst. In der Praxis hatte sie viele Herren, die sich in der Regel keineswegs einig waren. Andererseits aber beinhalteten Divergenzen dieser Art auch einen eigenen Gestaltungsspielraum, der längst nicht nur zur Durchsetzung der radikalsten Lösung genutzt wurde. Als der im allgemeinen moderate Kerrl, der seit Ende 1935 das Weisungsrecht in Kirchenfragen gegenüber dem Gestapa beanspruchte, im November 1938 ins Lager der Hardliner abschwankte und von Heydrich „einen vernichtenden Schlag“ gegen die Bekenntnisfront verlangte, verweigerte dieser glatt den Gehorsam. „Wegen der Bedeutung der Sache [könne er] ohne Führer-Vortrag die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht übernehmen“, lautete die Antwort aus der Prinz-Albrecht-Straße²⁴. Wer die Tauben und wer die Falken waren, stand längst nicht immer fest.

Was für das Gestapa galt, traf ebenso für die einzelnen Stapo-Stellen zu. Denn auch die Gauleiter und Reichsstatthalter hatten in ihrem Hoheitsbereich wenig Interesse an Märtyrern, für die öffentlich gebetet werden durfte. Josef Bürckel etwa, der Reichskommissar für das Saarland und Gauleiter der Saarpfalz, griff jenes Angebot der Bischöfe auf, in dem diese „sich bereit erklärt[en], Geistliche, welche ein staats- oder regierungsfeindliches Verhalten an den Tag legen, zu disziplinieren“²⁵ und veranstaltete zur Schadensbegrenzung bis in den Krieg hinein entsprechende Konsultationen mit den Ordinariaten in Trier und Speyer²⁶. Daß die zuständige Stapo-Stelle Saarbrücken dabei eher gegen ihren Willen zur Mitwirkung verdonnert wurde, läßt sich aus ihren Berichten ablesen: „Es wird in der

nationalsozialistischen Kirchenpolitik, in: Internationale katholische Zeitschrift 13 (1984) 539–566.

²² Reichs- und Preußischer Minister für die kirchlichen Angelegenheiten an Gestapa v. 9. 4. 1936, BAB, R 58/266.

²³ Morsey, Berichte (wie Anm. 11) 4.

²⁴ Scholder, Evangelische Kirche (wie Anm. 21) 28, 32.

²⁵ Erlaß Bayerische Politische Polizei v. 10. 3. 1934, BAB, R 58/264.

²⁶ Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus (Bonn 1995) 97. Vgl. dazu den Beitrag von Thomas Fandel, Die Stellung von evangelischen und katholischen Pfarrern zum Nationalsozialismus am Beispiel der Pfalz im vorliegenden Band.

nationalsozialistischen Bevölkerung nicht verstanden, daß in vielen Fällen, in denen jeder Hilfsarbeiter längst in ein Konzentrationslager gewandert wäre, jene [katholischen Geistlichen, d. Verf.] mit Handschuhen angefaßt werden“, murkte sie etwa 1935²⁷. Aber auch Goebbels, ein – wie wir aus seinen Tagebüchern wissen – ausgemachter Kirchenfeind, scheute als Gauleiter der Reichshauptstadt nicht davor zurück, die Berliner Stapo-Stelle zurückzupfeifen, falls er bestimmte Maßnahmen für kontraproduktiv hielt²⁸. Selbst Falken konnten sich also zeitweise in Tauben verwandeln und als politische Hoheitsträger der Gestapo ihres Bereichs wenigstens partiell einen Kurs aufzwingen, den diese eigentlich ablehnte.

Glich die Kirchenpolitik damit einem vielstimmigen, häufig genug dissonanten Konzert, so kam zudem noch die Tücke des Objekts hinzu, die Schwierigkeit, die polizeiliche Eingreifschwelle einigermaßen exakt bestimmen zu können. „Im evangelischen Kirchenstreit hat jegliche Einmischung staatlicher Stellen – von den allgemeinen polizeilichen Erfordernissen abgesehen – unter allen Umständen zu unterbleiben“, brachte etwa Frick die herrschende Ambivalenz auf eine geradezu typische Formel²⁹. Auch Göring, der am 16. Juli 1935 einräumte, daß „vielfach Unsicherheit darüber besteht, wie diesen Treibereien begegnet werden soll“, erwies sich nicht als klüger. Genau dort, wo er die Grenzen des Erlaubten zu ziehen versuchte, demonstrierte er deren Unklarheit: Was etwa war konkret „ein die Volksgemeinschaft störender Einfluß“? Wann erwies sich „der Einfluß Geistlicher im Religionsunterricht als staatsfeindlich“³⁰?

Während eine derartige Politik für die Betroffenen erhebliche Rechtsunsicherheit schuf, beließ sie der Gestapo große Spielräume, Varianzen und Definitionsbreiten, konfrontierte sie aber auch mit stets neuen Rätseln: Wo endete beispielsweise die zugesagte Gewissensfreiheit in Glaubensfragen? Inwieweit war die theologische Auseinandersetzung mit dem propagierten „positiven Christentum“ erlaubt? Durfte das christliche Gebot der Nächstenliebe gegen den verordneten Antisemitismus ins Feld geführt werden? Gehörte Rosenbergs „Mythus“ zu den kritikunwürdigen Grundsätzen des Nationalsozialismus oder war er bloße Privataußerung? Und wie stand es etwa mit Debatten über die jüdische Abstammung Jesu Christi? Mit den Instrumentarien der Kommunistenverfolgung ließen sich Fragen dieser Art nicht lösen.

Gleichzeitig war die Gestapo nie eine Ansammlung eingeschworener Atheisten. Wenigstens in den Anfangsjahren waren ihre Angehörigen nahezu alle noch Mitglieder einer christlichen Kirche und selbst höhere Ränge fielen damals noch durch religiöse Affinitäten auf. Der Düsseldorfer Stapo-Chef Franz Sommer etwa hatte vor 1933 dem Zentrum angehört³¹. Franz Josef Huber, später langjähriger

²⁷ Lagebericht Stapo-Stelle Saarbrücken für September 1935, BAB, R 58/534.

²⁸ *Friedrich Zipfel*, *Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit* (Berlin 1965) 234.

²⁹ Erlaß Reichsminister des Innern v. 1. 11. 1934, BAB, R 43 II/163.

³⁰ Abgedruckt bei *Georg Denzler, Volker Fabricius*, *Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand?*, Bd. 2 (Frankfurt a. M. 1984) 95–99, Zitate 95, 97.

³¹ BAB, SSO-Akte Franz Sommer.

Chef der Stapo-Stelle Wien, wurde noch 1937 von der NSDAP „ultramontane Gesinnung“ nachgesagt³². Richard Skiba wiederum, 1934 Chef der Stapo-Stelle Osnabrück und bis 1933 Zentrumsmitglied, wurde 1937 wegen zu starker konfessioneller Bindungen aus der SS gedrängt³³. An der Basis der zumeist altgedienten Beamtenschaft – so läßt sich mutmaßen – dürfte das Ausmaß der Kirchenbindung noch erheblich höher gewesen sein. Heydrich sprach 1941 sogar davon, daß durch „Verrat“ Gestapo-Erlasse „in die Hände kirchlicher Kreise gelangten“³⁴. Der Freiburger Gestapo-Beamte Eugen Selber beispielsweise, Parteigenosse, aber auch gläubiger Katholik, gab etwa Warnungen vor Bespitzelung an die dortige Geistlichkeit weiter³⁵. Wenigstens in Einzelfällen existierten interne Loyalitätskonflikte dieser Art³⁶.

All diese Faktoren begrenzten den Zugriff der Gestapo vor Kriegsbeginn, ließen keinen „Vernichtungskampf“ zu, wie in der Literatur behauptet wird³⁷. In der Summe aller Einzelschritte zielte ihr Vorgehen bis 1939 auf jene „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“, die Frick 1935 als Zielvorgabe verkündete³⁸. Dominant verfolgte man dabei eine Praxis ständiger Nadelstiche auf dem Verordnungsweg, die sich allmählich zur Einschnürungspolitik bündelte. Obwohl das kirchliche Leben so mit der Zeit ganz auf seinen Binnenraum beschränkt wurde, wagte man hingegen den Bestand der Kirchen nicht anzutasten. Der Alltag dieses Konflikts bestand aus einem zermürbenden Kleinkrieg mit plötzlichen Erlassen, kirchlichen Protesten und beruhigenden Erklärungen, ohne daß immer erkennbar war, worauf die Entwicklung hinauslief. Es ging um die Frage der erlaubten Kirchenfahnen und Kollekten, um das Kreuz in den Schulen und die Definition althergebrachter Wallfahrten und endete mit dem weitgehenden Verbot des konfessionellen Vereinswesens, der Einschränkung der Presse und der Einführung der Gemeinschaftsschule³⁹. Dabei wurde das jeweilige Vorgehen durch das Gestapa

³² Franz Josef Huber, ebd.

³³ Gerd Steinwascher (Bearb.), Gestapo Osnabrück meldet ... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936 (Osnabrück 1995) 18, 20.

³⁴ Erlaß RSHA v. 24. 10. 1941, BAB, R 58/266.

³⁵ Heiko Haumann, Hans Schadek (Hrsg.), Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3 (Stuttgart 1992) 344.

³⁶ Vgl. für Saarbrücken Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich (Bonn 1991) 205; für Hannover und Leipzig Hans-Dieter Schmid, Gestapo Leipzig. Politische Abteilung des Polizeipräsidiums und Staatspolizeistelle Leipzig 1933–1945 (Beucha 1997) 29ff.

³⁷ Denzler, Widerstand (wie Anm. 16) 45.

³⁸ Conway, Kirchenpolitik (wie Anm. 11) 133.

³⁹ Zusammenfassend für den katholischen Bereich Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918–1945 (Paderborn u. a. 1992) 272 ff.; lokal höchst instruktiv Norbert Fasse, Katholiken und NS-Herrschaft im Münsterland. Das Amt Velen-Ramsdorf 1918–1945 (Bielefeld 1996) 445 ff.; für den protestantischen Bereich Herwart Vorländer, Kirchenkampf in Elberfeld 1933–1945. Ein kritischer Beitrag zur Erforschung des Kirchenkampfes in Deutschland (Göttingen 1968); Karl-Ludwig Sommer, Bekenntnisgemeinschaft und bekennende Gemeinden in Oldenburg in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Evangelische Kirche und nationalsozialistischer Alltag in einer ländlichen Region (Hannover 1993);

extrem reglementiert, eine standardisierte Berichterstattung eingefordert und eine Zentralisierung aller wichtigen Entscheidungen – wie etwa die über Schutzhaft gegen Geistliche – durchgesetzt. Vor allem aber strebte man eine Operationalisierung der diffusen Normen durch eine Konkretisierung der Eingreifschwelle an, um den Interpretationsspielraum vor Ort einzuengen, eine Einheitlichkeit des Einschreitens zu bewirken und dieses Feld so überhaupt erst polizeilich handhabbar zu machen. In der staatspolizeilichen Praxis bedeutete dies die andauernde Erfindung und Überwachung von Reglementierungen und Restriktionen für alle möglichen Konfliktflächen⁴⁰.

Trotz dieser Normierungsversuche von ‚oben‘ zeichnete sich das konkrete Vorgehen durch erhebliche regionale Varianzen aus, die insbesondere Resultat einer starken personalen Variablen waren, also den recht unterschiedlichen Prioritätenkatalogen und Sichtweisen der einzelnen Stapo-Stellenleiter entsprangen. Für Karl Berckmüller in Karlsruhe etwa, einen „alten Kämpfer“ der NSDAP, war der katholische Klerus „weit gefährlicher“ als eine „Neuorganisation der KPD“⁴¹; er inszenierte darum einen Feldzug gegen die badische Geistlichkeit einschließlich Erzbischof Gröber, obwohl dieser – ebenso wie die Mehrheit des Freiburger Domkapitels – damals noch förderndes Mitglied der SS war⁴². Dr. Benno Martin hingegen, Nürnberger Polizeipräsident und Chef der dortigen Stapo-Stelle, übernahm geradezu eine Beschützerrolle gegenüber der lokal starken Bekenntnisfront und verbot selbst öffentliche Versammlungen der Deutschen Christen, obwohl an deren Spitze der stellvertretende Gauleiter stand⁴³. Selbst ein Hardliner wie Franz Walter Stahlecker, der spätere Chef der Einsatzgruppe A und BdS Ostland, setzte als Leiter der württembergischen Gestapo auf ein Einlenken im Konflikt mit Bischof Wurm⁴⁴.

Gabriele Lautenschläger, Der Kirchenkampf in Thüringen, in: *Detlev Heiden, Gunther Mai* (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen (Weimar u.a. 1995) 463–486; als sektorale Fallstudien *Barbara Schellenberger*, Katholische Jugend und Drittes Reich. Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933–1939 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz (Mainz 1975); *Wilhelm Damberg*, Der Kampf um die Schulen in Westfalen 1933–1945 (Mainz 1986).

⁴⁰ Vgl. BAB, R 58/266 und 1074; *Carsten Nicolaisen* (Bearb.), Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Bd. 2: 1934/35 (München 1975); *Hans Müller*, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930–1935 (München 1963) 235 ff.; exemplarisch zum regionalen Vorgehen *Mallmann, Paul*, Herrschaft (wie Anm. 36) 252 ff.; *Gerhard Paul*, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein (Hamburg 1996) 171 ff.

⁴¹ *Jörg Schadt* (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940 (Stuttgart u.a. 1976) 87.

⁴² Vgl. *Bruno Schwalbach*, Erzbischof Conrad Gröber und die nationalsozialistische Diktatur. Eine Studie zum Episkopat des Metropoliten der Oberrheinischen Kirchenprovinz während des Dritten Reiches (Karlsruhe 1985) 90 ff.; *Denzler*, Widerstand (wie Anm. 16) 98.

⁴³ *Utho Grieser*, Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin: Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der „Stadt der Reichsparteitage“ (Nürnberg 1974) 122 f.

⁴⁴ *Thomas Schnabel*, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46 (Stuttgart 1986) 413.

Während sich die Intensität des Zugriffs somit beträchtlich unterschied, konnten die verhängten Sanktionen hingegen zentral weitaus genauer gelenkt werden. Prozesse vor dem Volksgerichtshof blieben die absolute Ausnahme, wurden lediglich in Fällen wie jenem von Kaplan Joseph Rossaint angestrengt, dem Volksfrontaktivitäten mit Kommunisten nachgewiesen werden konnten⁴⁵. Auch Einweisungen in ein Konzentrationslager erfolgten in der Vorkriegszeit nur in einem – im Vergleich mit der Repression der KPD – sehr bescheidenen Umfang. Erst ab Mitte 1938 ist – wenigstens hinsichtlich der katholischen Geistlichen – eine deutliche Zunahme zu beobachten, die bis 1942 anhielt und danach stark zurückging⁴⁶. Pastor Paul Schneider etwa wurde 1937 von der Stapo-Stelle Koblenz nach Buchenwald „verschubt“, weil er trotz seiner Ausweisung aus der Rheinprovinz in seine Gemeinde Dickenschied zurückgekehrt war⁴⁷, Friedrich Weißler, der Bürochef der Vorläufigen Kirchenleitung der Bekenntnisfront, weil er 1936 für die Auslandsveröffentlichung einer vertraulichen Denkschrift an Hitler verantwortlich gemacht wurde; daß er getaufter Jude war, mag dazu und zu seiner frühen Ermordung beigetragen haben⁴⁸. In aller Regel aber beließ man es bei der Androhung: Die 715 Bekenntnis-Pfarrer etwa, die im März 1935 festgenommen wurden, weil sie eine verbotene Kanzelabkündigung verlesen hatten, waren nach wenigen Tagen wieder frei⁴⁹.

Das Ausspielen der vorhandenen Machtmittel blieb punktuell und exemplarisch, erfolgte nie generell und flächendeckend und geschah gerade in problematischen Fällen in Absprache mit der jeweiligen politischen Spitze: Hitler persönlich sorgte etwa für Niemöllers Einweisung nach Sachsenhausen⁵⁰, verhinderte jedoch Graf Galens Verhaftung nach dessen Anti-Euthanasie-Predigt⁵¹. Die Ausweisung des Rottenburger Bischofs Sproll aus dessen Diözese – die einzige dieser Art in Deutschland – beruhte auf einem Machtwort von Gauleiter Murr⁵². Die offene Kapitulation im Oldenburger Kreuzkampf 1936 war eine Entscheidung des Gauleiters Röver, der einen Zusammenbruch seines NS-Rückhaltes fürchtete⁵³. Aber

⁴⁵ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (=HStAD), RW 58/39630 und 42388; vgl. ebd. 2202, 4900, 48899.

⁴⁶ *Ulrich von Hehl* (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung* (Mainz 1984) L.

⁴⁷ *Heinrich Vogel* (Hrsg.), *Der Prediger von Buchenwald. Das Martyrium Paul Schneiders* (Berlin 1964).

⁴⁸ *Werner Oehme*, *Märtyrer der evangelischen Christenheit 1933–1945. Neunundzwanzig Lebensbilder* (Berlin 1980) 36–42.

⁴⁹ *Wilhelm Niemöller*, *Der Pfarrernotbund. Geschichte einer kämpfenden Bruderschaft* (Hamburg 1973) 98 f.

⁵⁰ *James Bentley*, *Martin Niemöller. Eine Biographie* (München 1985) 173.

⁵¹ Vgl. *Conway*, *Kirchenpolitik* (wie Anm. 11) 294 ff.

⁵² *Paul Kopf*, *Max Miller* (Hrsg.), *Die Vertreibung von Bischof Johannes Baptista Sproll von Rottenburg 1938–1945. Dokumente zur Geschichte des kirchlichen Widerstands* (Mainz 1971) 191.

⁵³ Stapo-Stelle Oldenburg an Gestapa v. 26. 11. 1936, abgedruckt bei *Joachim Kuropka*, *Für Wahrheit, Recht und Freiheit – gegen den Nationalsozialismus* (Vechta 1983) 92 f.; vgl. *Jeremy Noakes*, *The Oldenburg Crucifix Struggle of November 1936. A Case Study of*

auch die Inschutzhaftnahme der „Rädelsführer“ beim Goldenstedter Schulstreik 1938 ging auf Röver zurück, der diesmal entschied, „daß nach langer Geduldsprobe endlich mal scharf zugegriffen werden muß“⁵⁴.

Diese Politik der Eindämmung wurde ergänzt durch spezielle Diffamierungskampagnen, die einen Keil zwischen Geistlichkeit und Kirchenvolk treiben sollten. Das Muster wurde durch die Devisenprozesse 1935 geschaffen, die auf Ermittlungen der Zollfahndung basierten⁵⁵: Man verallgemeinerte individuelle Delikte, um die gesamte Institution propagandistisch stigmatisieren zu können. Erst die zweite Prozeßwelle – Strafverfahren wegen Sittlichkeitsvergehen gegen katholische Laienbrüder, Welt- und Ordensgeistliche 1936/37 – ging auf die Gestapo zurück. Allerdings waren hier nicht die Kirchenreferate federführend, sondern ein Sonderkommando der für Homosexualität zuständigen Dienststelle II 1 H 3 im Gestapa⁵⁶. Aber auch die Bayerische Politische Polizei schnüffelte im klerikalen Privatleben und untersuchte 1937 etwa, welche katholischen Geistlichen Alimente zahlten⁵⁷. Weitere Prozesse ließen sich mit diesem Material zwar nicht bestreiten, allemal aber ergaben solche Recherchen Ansatzpunkte zur Erpressung und Rekrutierung als V-Mann, z.B. bei dem Münchener Weihbischof Dr. Anton Scharnagl, der sich für die Geheimhaltung einer Liebesaffäre bei der Gestapo verdingte⁵⁸.

Gleichwohl griffe man zu kurz, wenn man annehmen würde, daß sich die Aktivitäten in diesem Kleinkrieg erschöpft hätten. Denn parallel dazu – und durchaus als komplementär zu sehen – läßt sich auch eine ideologisierte Kontrafaktur des Geschehens beobachten. Gerade um die unübersichtliche Konfrontation überschaubar und eindeutig zu machen, um ein Gegengewicht zu jenen Hunderten von Verordnungen mit ihren Einzelfallentscheidungen zu schaffen, um in all dem administrativen Klein-Klein Perspektiven aufzuzeigen, die über den Tag hinausreichten, um gewissermaßen den Wald sichtbar zu machen, der der Gestapo vor lauter Bäumen verloren zu gehen drohte, wurden auch die Kirchen zunehmend Gegenstand globaler Dämonisierung, wurden sie in umfassende Feindbildsynthesen

Opposition in the Third Reich, in: *Peter D. Stachura* (Hrsg.), *The Shaping of the Nazi State* (London, New York 1978) 210–233.

⁵⁴ Röver an Chef der Reichskanzlei v. 6. 7. 1938, BAB, R 43 II/157; vgl. *Walter Schultze*, Kreuzkampf und Schulkampf in der Gemeinde Goldenstedt, in: *Joachim Kuropka* (Hrsg.), *Zur Sache – Das Kreuz! Untersuchungen zur Geschichte des Konflikts um Kreuz und Lutherbild in den Schulen Oldenburgs, zur Wirkungsgeschichte eines Massenprotests und zum Problem nationalsozialistischer Herrschaft in einer agrarisch-katholischen Region* (Vechta 1987) 129–136.

⁵⁵ *Petra Madeleine Rapp*, *Die Devisenprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Geistliche im Dritten Reich. Eine Untersuchung zum Konflikt deutscher Orden und Klöster in wirtschaftlicher Notlage, totalitärer Machtausübung des nationalsozialistischen Regimes und im Kirchenkampf 1935/36* (Diss. Bonn 1981) 42 ff.

⁵⁶ *Hans Günter Hockerts*, *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/1937. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf* (Mainz 1971) 7 ff.

⁵⁷ Rundbrief Ordinariat Erzbistum München und Freising v. 1. 10. 1937, BAB, NS 19/1688.

⁵⁸ *Denzler*, *Widerstand* (wie Anm. 16) 101.

einbezogen und so potentiell als Ganzes kriminalisiert. Zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang Heydrichs programmatischem Aufsatz „Wandlungen unseres Kampfes“ zu, der 1935 im „Schwarzen Korps“ erschien⁵⁹ und später als Schulungsmaterial für die SS-Führeranwärter aus der Gestapo diente⁶⁰.

„Die treibenden Kräfte des Gegners bleiben ewig gleich: Weltjudentum, Weltfreimaurertum und ein zum großen Teil politisches Priesterbeamtentum“, schrieb er dort und behauptete, daß sie sich einig seien „in ihrer Zielsetzung der Vernichtung unseres Volkes mit seinen blutlichen, geistigen und bodengebundenen Kräften“. Daß Heydrich so die Majorität der Geistlichen beider Kirchen in unveränderbare Staats- und Volksfeinde verwandelte, trug ihm zwar wütende Proteste evangelischer Pastoren ein, die als „alte Kämpfer“ der NSDAP die Welt nicht mehr verstanden⁶¹, klärte jedoch die Fronten. Auch Lischka stieß in dieses Horn: „Für die Beurteilung des politischen Katholizismus ist nicht jeder Fall als Einzelfall, sondern als Symptom zu bewerten“, befand er 1937 vor der Führerschule der Sicherheitspolizei und folgerte daraus: „Seine Anhänger sind mit ihrer Einstellung dem nationalsozialistischen Staat gegenüber als Staatsfeinde anzusprechen.“⁶² Und auch Dr. Alfred Schweder, SS-Mitglied seit 1930 und 1939 stellvertretender Leiter des Sachgebiets „Politischer Katholizismus“ im Gestapa, billigte der Gestapo zu, „Frontbildungen zu verhindern, die ... die Gefahr in sich bergen, die Geschlossenheit der Volksgemeinschaft zu sprengen“ und befand: „Sie greift also ein gegen alles ‚Staatsgefährliche‘, nicht nur gegen den bewußten Staatsfeind im engeren Sinne.“⁶³

Vorstellungen dieser Art bereiteten einem neuen Selbstverständnis den Boden. Indem die Meisterdenker des Polizeistaats die Gestapo zur Hüterin der Volksgemeinschaft aufwerteten und ihr die Aufgabe umfassender Prävention zusprachen, verschoben sich Frontstellungen und Methoden der Politischen Polizei. Sie erhielt so nicht nur die Definitionsmacht für alles, was sie als staats- und volksfeindlich erachten wollte, auch ihre Gegnerperspektive veränderte sich. Generalisierende Projektionen, kollektive Verdachtsmomente, Zuschreibungen aufgrund von Herkunftsmerkmalen traten damit in den Vordergrund. Diese Mobilisierung von Phantasmen wiederum förderte die Abstraktion von Einzelfällen, favorisierte die Sichtweise, alle Anzeigen auf der Folie globaler Feindbildszenarien zu betrachten, zu bewerten und zu behandeln.

Über Eindringtiefe und Verbreitung derartiger Interpretamente lassen sich nur schwer Aussagen machen. Ohne daß sie bereits unmittelbar handlungsleitend ge-

⁵⁹ Erschienen H. 9–13/Mai 1935; danach als Separatdruck im parteieigenen Eher-Verlag (München, Berlin 1935); ähnlich *ders.*, Die Bekämpfung der Staatsfeinde, in: Deutsches Recht 6 (1936) 121–123; vgl. William L. Combs, The Voice of the SS. A History of the SS Journal „Das Schwarze Korps“ (New York u. a. 1986) 177 ff.

⁶⁰ BAB, R 58/844.

⁶¹ Vgl. BAB, NS 19/1201 u. 1040.

⁶² Vortrag „Der politische Katholizismus“ v. 24. 5. 1937, BAB, R 58/779.

⁶³ Alfred Schweder, Politische Polizei. Wesen und Begriff der politischen Polizei im Metternichschen System, in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Staate (Berlin 1937) 172.

wesen wären, wurden sie gleichwohl thematisiert in Vorträgen und Schulungen. Vor allem in den Köpfen jener Gestapo-Angehörigen, die der SS beitraten, dürften sie – siehe die Beispiele Lischka und Schweder – bereits fest verankert gewesen sein. Da es sich dabei überdies in hohem Maße um die Inhaber leitender Positionen handelte, spricht viel dafür, daß Vorstellungen dieser Art so bereits vor Kriegsbeginn atmosphärische Dominanz gewannen. Obwohl eine führende Beteiligung in der Kirche erst 1941 für die gesamte Polizei verboten wurde⁶⁴ und der Zwang zum Kirchenaustritt offiziell stets verpönt war⁶⁵, errichtete gerade der von ‚oben‘ erwartete und von ‚unten‘ häufig gewünschte Beitritt zur SS zunehmende Barrieren gegenüber Kirche und Religion.

Wer diesen Schritt tat, der erfuhr in den Arbeitsgemeinschaften für SS-Führer-anwärter, daß sich das Judentum der politischen Kirchen bediene⁶⁶, daß ein Christ nicht Nationalsozialist sein könne⁶⁷, daß der Krieg die „Entbehrlichkeit und Wertlosigkeit“ der Kirchen zeige⁶⁸. Spätestens ab 1941 hatten die Dienststellenleiter bei SS-Bewerbern ihres Bereichs über deren Verhältnis zur Kirche zu berichten⁶⁹. 1942 verkündete Himmler ein freilich nie offiziell bekanntgegebenes „Grundgesetz“ der SS, wonach kirchlich gebundene Polizeioffiziere nicht SS-fähig seien⁷⁰. All diese atmosphärisch wirksamen, konkret jedoch schwer faßlichen und erst allmählich installierten Hürden beförderten einen Distanzierungsprozeß, der in eine beträchtliche Entkonfessionalisierung mündete. 81% des Führerkorps von Gestapo, Kripo und SD erklärten sich als „gottgläubig“; 1937 erreichten die Kirchenaustritte ihren ersten Höhepunkt, 1941 erfolgte ein erneuter Anstieg⁷¹.

Aber auch die Zusammenarbeit mit dem SD, die 1937 in Form wöchentlicher Konferenzen auf der Referentenebene institutionalisiert wurde⁷², unterstützte die angestrebte Revolutionierung der Wahrnehmung. Gerade weil der SD keine exekutiven Vollmachten besaß, konnte er sich – ohne jeweils die Grenzen der politischen Machbarkeit austesten zu müssen – Maximalismus leisten und das Selbstverständnis eines Gralshüters der Weltanschauung entwickeln. Seine periodischen Berichte über die Kirchen waren globale Bedrohungsszenarien, die paranoid konstruierte Koalitionen finsterner Feindmächte aufdeckten und durch eine Systematisierung und Kategorisierung des Gegners Verschwörungstheorien verwissenschaftlichten⁷³. Die klare Ordnung der Welt, die derlei Projektion versprach, die

⁶⁴ Erlaß Reichsführer SS v. 18. 10. 1941, BAB, R 58/261.

⁶⁵ Vgl. BAB, NS 19/1809 u. 2242.

⁶⁶ RSHA-Amt I Grundriß Nr. 9 (Undat.), BAB, R 58/844.

⁶⁷ Merkblatt „Christentum und Kirche als weltanschaulicher Gegner“ des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD Hamburg v. 1. 6. 1942, ebd. 230.

⁶⁸ RSHA-Amt I Grundriß Nr. 18 (Undat.), ebd. 844.

⁶⁹ Erlaß RSHA-Amt I v. 10. 4. 1941, ebd. 262.

⁷⁰ Himmler an Daluge v. 2. 3. 1943, BAB, NS 19/3641; vgl. *Josef Ackermann*, Heinrich Himmler als Ideologe (Göttingen u. a. 1970) 77 ff.

⁷¹ *Jens Banach*, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945 (Paderborn u. a. 1998) 141 ff. vgl. *Browder*, Enforcers (wie Anm. 14) 166.

⁷² Erlaß Sicherheitshauptamt (=SDHA) II 1 v. 16. 6. 1937, BAB, R 58/996.

⁷³ Vgl. *Boberach*, Berichte (wie Anm. 18) 3–349 sowie jetzt BAB, R 58/3545 und 3024; regio-

Perspektive etwa, das Christentum schlicht als jüdisch gesteuerte Weltanschauung anzusehen⁷⁴ und sich nicht länger mit juristisch definierten, eingegrenzten Straftatbeständen herumquälen zu müssen, dürfte indes viele Gestapo-Beamte nicht unbeeindruckt gelassen haben.

Doch der SD besaß nicht nur diese ideologische Schrittmacherrolle, ihm kam auf dem Kirchensektor auch eine große praktische Bedeutung zu, die er sonst in diesem Maß nirgendwo in der Gegnerbekämpfung erringen konnte. Abgesehen davon, daß auch vom SD Anzeigen einliefen⁷⁵, ließ sich nur mit dessen Hilfe eine halbwegs flächendeckende Predigtüberwachung installieren, mit der die Gestapo selbst personell völlig überfordert gewesen wäre⁷⁶. Vor allem aber bei der Infiltration⁷⁷ der Kirchen und des Kirchenvolkes war der SD unverzichtbar. Während die Gestapo vor Kriegsbeginn in diesem Feld nur wenige, eher zufällig angeworbene V-Leute besaß⁷⁸, versuchte der SD seit 1937 systematisch, dort ein entsprechendes Netz aufzubauen⁷⁹. Dennoch sollte man dessen Effizienz nicht überschätzen: Die päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ geriet erst am späten Samstagabend vor ihrer Verlesung am Palmsonntag 1937 in Heydrichs Hand⁸⁰. Vertrauliche Berichte über die Fuldaer Bischofskonferenzen gelangten zwar ab 1938 regelmäßig ins Sicherheitshauptamt⁸¹, doch noch 1942 klagte man darüber, daß der Nachrichtendienst nicht bis in die Generalvikariate reiche⁸².

nal *Peter Brommer* (Bearb.), *Die Partei hört mit. Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS aus dem Großraum Koblenz 1937–1941* (Koblenz 1988).

⁷⁴ Bericht SDHA II 112 v. 28. 8. 1936, BAB, R 58/991.

⁷⁵ Als Beispiel *Franz Kloidt*, Gestapo-Akten III/4-F3/41g: Martyrer-Akten Wilhelm Frede (Krefeld 1966).

⁷⁶ Exemplarisch Rundschreiben Stapo-Stelle Weimar v. 19. 9. 1939, BAB, R 58/266; vgl. *Boberach*, *Berichte* (wie Anm. 18) 903, 927; für Aachen *Klaus Fettweis*, *Zwischen Herr und Herrlichkeit. Zur Mentalitätsfrage im Dritten Reich an Beispielen aus der Rheinprovinz* (Aachen 1989) 178 ff.

⁷⁷ Generell dazu *Klaus-Michael Mallmann*, *Social Penetration and Police Action: Collaboration Structures in the Repertory of Gestapo Activities*, in: *International Review of Social History* 42 (1997) 25–43.

⁷⁸ Etwa HStAD, RW 58/1245, 28576, 43537; RW 35/12.

⁷⁹ Verfügung SD-Oberabschnitt Südwest v. 29. 6. 1937, abgedruckt bei *Boberach*, *Berichte* (wie Anm. 18) 902–905; vgl. für Aachen HStAD, RW 35/8 u. 9; für Koblenz BAB, Slg. Schumacher 463; für Münster *Joachim Kuropka* (Bearb.), *Meldungen aus Münster 1924–1944. Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo, NSDAP und ihren Gliederungen, staatlicher Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Wehrmacht über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster* (Münster 1992) 452, 523 f., 617 ff.; für die Pfalz *Thomas Fandel*, *Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930–1939* (Paderborn u. a. 1997) 500 ff.

⁸⁰ *Ludwig Volk*, Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in: *Stimmen der Zeit* 183 (1969) 174–194.

⁸¹ CdS an Chef der Reichskanzlei v. 17. 10. 1938, BAB, R 43 II/177; *Steward*, *Sieg* (wie Anm. 11) 99–103; *John S. Conway*, *Pope Pius XII and the German Church. An unpublished Gestapo Report*, in: *Canadian Journal of History* 1 (1966) 72–83.

⁸² Arbeitstagung Inspektorsbereich Düsseldorf v. 4. 5. 1942, abgedruckt in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg* 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946 (=IMG), Bd. 28 (Nürnberg 1948) 490 f.

Die unübersichtliche Konfrontation mit Kirche und Religion war somit von gegenläufigen Tendenzen geprägt: Der weltanschaulichen Radikalität der SS entsprach in der staatspolizeilichen Praxis lediglich ein improvisierter Kleinkrieg, der von taktischen Rücksichten geprägt und gebremst wurde. Dieser signifikante Widerspruch barg zwar ständige Zielkonflikte in sich, sorgte jedoch insbesondere in konfessionellen Hochburgen für relative Ruhe. Denn gerade auf dem weitgehenden Verzicht einer offensiven Durchsetzung des totalen Herrschaftsanspruchs, auf der mangelnden Einlösung der radikalen Rhetorik basierte in tendenziellen Krisengebieten dieser Art die Funktionsfähigkeit des Regimes⁸³. Die SS und die antireligiösen Ausfälle in ihrem „Schwarzen Korps“ erschienen so als ungeliebte Begleiterscheinungen der an sich begrüßten nationalen Revolution, nicht als deren Quintessenz.

Gleichzeitig aber trug diese Kluft stets auch die Tendenz zu ihrer Aufhebung in sich, folgte das vom SD verkörperte Moment der weltanschaulichen Radikalität der Logik des Igels in der Fabel vom Wettlauf mit dem Hasen, indem es behauptete, die Lösung der selbstproduzierten Probleme bereits zu wissen. Die sich als Sisypusarbeit erweisende Praxis der Gestapo-Kirchenreferate wiederum verschaffte Versprechungen dieser Art wenigstens apparatintern argumentativen Rückenwind, legitimierte und verstärkte den Wunsch, die Samthandschuhe endlich auszuziehen und nachhaltig ‚aufzuräumen‘. Das Verhältnis von Gestapo und SD erzeugte damit vor dem Krieg vor allem Reibungsbranz, verdeutlichte die jeweils eigenen Defizite: die fehlende exekutive Umsetzung beim SD, die unzureichende Durchschlagskraft bei der Gestapo. Beide Einsichten aber beschleunigten radikalere Lösungen.

Die Gründung des RSHA im September 1939 leitete die entscheidende Flurbereinigung auf diesem Sektor ein. Rein institutionell betrachtet bedeutete sie eine Niederlage des SD, ideologisch hingegen dessen Sieg. Six, der vergebens ein „Führungsreferat aller Kirchenfragen“ reklamierte⁸⁴, war der große Verlierer bei dem monatelangen Gerangel um Personal und Kompetenzen in der neuen Superbehörde, die Gestapo, Kripo und SD vereinte. Seine bisherige Zentralabteilung II 1 – zunächst als Amt II („Gegnerforschung“) ins RSHA übernommen⁸⁵ – verlor angesichts der anstehenden Vernichtungs- und Säuberungsaufgaben zunehmend an Bedeutung und ressortierte ab Herbst 1940 als Amt VII („Weltanschauliche Forschung und Auswertung“), reduziert auf einen schmal besetzten Archiv-, Presse- und Auskunftsdienst⁸⁶. Die für die Praxis des Krieges relevanten Gegner-

⁸³ So für das Münsterland dezidiert *Thomas Schulte-Umberg*, „Gegen den politischen Klerus“. Zur Sanktionierung der Wortführer des katholischen Milieus im Bistum Münster am Beispiel der Heimtückeverfahren, in: *Rudolf Schlögl, Hans-Ulrich Thamer* (Hrsg.), *Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen* (Münster 1996) 122.

⁸⁴ *Hachmeister*, *Gegnerforscher* (wie Anm. 14) 371.

⁸⁵ Geschäftsverteilungsplan RSHA v. 1. 2. 1940, BAB, R 58/840; Telefonverzeichnis Amt II, ebd. 927.

⁸⁶ Vgl. *Jürgen Matthäus*, „Weltanschauliche Forschung und Auswertung“. Aus den Akten

spezialisten des SD aber brachten ihre Kompetenz nunmehr unmittelbar in die Exekutive ein und wechselten in Ränge der Gestapo, ins neue Amt IV also, das nunmehr „Gegner-Erforschung und Bekämpfung“ betrieb. Eichmann war dafür das prominenteste Beispiel. Aber auch Hartl – mittlerweile Surmbannführer – ging diesen Weg und übernahm Ende 1940 die Leitung der neuen Gruppe IV B, die die Sachgebiete Katholizismus, Protestantismus, Sekten, Freimaurer, Juden- und Räumungsangelegenheiten bearbeitete; Stellvertreter wurde der bisherige Gestapa-Kirchenreferent Roth⁸⁷. Im Mai 1941 wurde diese Fusion auch auf der unteren Ebene vollzogen, als die Kirchenreferenten der einzelnen SD-Abschnitte samt ihren V-Leuten zu den jeweiligen Stapo-Stellen überwechselten⁸⁸.

Sieht man ab von den im Amt III des RSHA zusammengestellten „Meldungen aus dem Reich“, die punktuell und sporadisch auch über die Stimmungslagen im Kirchengesamt berichteten⁸⁹, dann entfiel seitdem die eigenständige Gegnerarbeit des SD auf diesem Feld; die Deutungsperspektive des SD hingegen wurde durch die erwähnte Flurbereinigung vollends in der Gestapo verankert. Die Frage, ob man seine Aufgabe in der Ahndung einzelner Verstöße gegen die geltende Rechtslage sah oder aber im Kampf gegen eine weltweite Verschwörung, war damit endgültig geklärt. Feindbildprojektion und Exekutive waren jetzt institutionell identisch. Das Prinzip, nicht mehr vom Einzelfall, sondern von ideologischen Postulaten und politischen Endzielen auszugehen, gehörte seitdem auch auf dem Kirchensektor zu den Axiomen staatspolizeilicher Praxis. Ein Radikalisierungsschub im Windschatten des Krieges war damit programmiert⁹⁰, obwohl die Kirchenglocken beider Konfessionen die deutschen Siege bejubelten.

Symptomatisch dafür war bereits Heydrichs Verfügung Ende August 1939, die Arbeit „auf kirchenpolitischem Gebiet“ unverändert fortzusetzen, während die Aktivität auf anderen Feldern wegen Personalmangels gänzlich eingestellt oder aber – selbst auf dem der Judenangelegenheiten – eingeschränkt wurde⁹¹. Himmels Weisung nach dem Überfall auf die Sowjetunion, „daß sämtliche hetzerischen Pfaffen ... auf längere Zeit einem Konzentrationslager zugeführt werden sollen“, brach endgültig alle Dämme⁹². Ende September 1941 fand im RSHA eine Arbeits-tagung aller Kirchenreferenten der Stapo-Stellen statt, auf der Roth als „Fernziel“

des Amtes VII im Reichssicherheitshauptamt, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996) 287–330.

⁸⁷ Geschäftsverteilungsplan RSHA v. 1. 3. 1941, BAB, R 58/840; vgl. *Hachmeister*, *Gegnerforscher* (wie Anm. 14) 207ff., 232.

⁸⁸ Erlaß RSHA v. 12. 5. 1941, abgedruckt in IMG, Bd. 28 (Nürnberg 1948) 439–441.

⁸⁹ Vgl. *Heinz Boberach* (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945*, 17 Bde. (Herrsching 1984); *Donald D. Wall*, *The Reports of the Sicherheitsdienst on the Church and Religious Affairs in Germany, 1939–1944*, in: *Church History* 40 (1971) 437–456.

⁹⁰ Vgl. *Michael Wildt*, *Das Reichssicherheitshauptamt. Radikalisierung und Selbstradikalisierung einer Institution*, in: *Mittelweg* 36, 7 (1998) H.1, 33–40.

⁹¹ Erlaß CdS v. 31. 8. 1939, BAB, R 58/243; vgl. CdS an Chef der Reichskanzlei v. 20. 10. 1939, BAB, R 43 II/169.

⁹² Erlaß CdS v. 27. 8. 1941, BAB, R 58/1027.

die Devise ausgab: „Zerschlagung der konfessionellen Kirchen durch Vorlage des gesamten nachrichtenmäßig zu sammelnden Materials zur gegebenen Zeit mit dem Ziele, der Kirche die hochverräterische Betätigung während des deutschen Lebenskampfes vorzuhalten.“⁹³ Dieselbe Stimmung herrschte auch an der Basis. Alfred Schimmel, der Leiter der Abteilung II der Stapo-Stelle München, gab damals kund: „Spätestens im Jahre 1942 werden die SJ in Lager nach dem Osten geschafft.“⁹⁴ Und Friedrich Hegenscheidt, der Chef der Stapo-Stelle Hohensalza, dekretierte 1942 hinsichtlich der Geistlichen: „Eine planmäßige weitere Reduzierung dieses Personenkreises wird diesseits bereits vorbereitet.“⁹⁵

Beide signalisierten Befreiung, ja Erleichterung über die Chance, endlich ‚ganze Arbeit‘ machen zu können. Ihre Äußerungen deuten aber auch darauf hin, daß sich damals – wenigstens in der Spitze der Gestapo – der Gedanke einer ‚Endlösung‘ der Kirchenfrage breit machte⁹⁶, während Hitler seit 1939 immer wieder den Burgfrieden verkünden ließ, um die ‚Volksgemeinschaft‘ im Krieg nicht zu gefährden⁹⁷. Erstmals verselbständigte sich die SS auf diesem Feld, traten offizielle Linie und polizeiliche Intention völlig auseinander. Das Ergebnis dieser Entwicklungsdynamik nach einem ‚Endsieg‘ muß ungewiß bleiben, die Weichenstellungen des RSHA sind jedoch evident.

⁹³ IMG, Bd. 28 (Nürnberg 1948) 453; vgl. Erlaß RSHA v. 24. 10. 1941, BAB, R 58/266; *Guenter Lewy*, Die katholische Kirche und das Dritte Reich (München 1965) 280, liefert eine völlige Fehlinterpretation, wenn er schreibt: „Man kam überein, daß alle durchgreifenden Maßnahmen gegen die Kirchen unterbleiben mußten.“ Auch *Conway*, Kirchenpolitik (wie Anm. 11) 301, greift daneben, wenn er behauptet, daß nach Heydrichs Tod der Apparat der „Kirchenspezialisten“ und sein Netz der V-Leute „zusammenbrach“ und „aufgelöst“ wurde; das genaue Gegenteil ist richtig: beide blieben bis 1945 höchst aktiv; vgl. BAB, R 58/1114; für Aachen, Köln, Koblenz, Trier und Saarbrücken ebd. 1134; HStAD, RW 34/3 und 33; RW 35/2,8,9; Landesarchiv Saarbrücken, Best. Stapo-Stelle Saarbrücken 5, 27, 40.

⁹⁴ *Johann Neuhäusler*, Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, Teil 2 (München 1946) 276.

⁹⁵ Erlaß Stapo-Stelle Hohensalza v. 21. 9. 1942, ZSL, Dok. Slg. Verschiedenes 301 AAz.

⁹⁶ Vgl. *Zipfel*, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 253 ff.; *Heinz Hürten*, „Endlösung“ für den Katholizismus? Das nationalsozialistische Regime und seine Zukunftspläne gegenüber der Kirche, in: *Stimmen der Zeit* 203 (1985) 534–546.

⁹⁷ Rundschreiben Leiter der Partei-Kanzlei v. 26. 4. 1943, BAB, NS 6/344; vgl. *Zipfel*, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 508 f.; *Conway*, Kirchenpolitik (wie Anm. 11) 247 f., 292, 297 f., 375.